

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Augen zu und gegen die Wand

Nr. 220.09 / 19.05.2009

Zu den heute veröffentlichten Ergebnissen der Steuerschätzung sagt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Jetzt rächen sich verschlafene Reformen und eine Politik des Scheckverteils: Die prognostizierten Steuerausfälle sind dramatisch. Die große Koalition ist auf die hohen Steuerausfälle nicht vorbereitet.

Statt unbequeme Reformen umzusetzen, hat sie sich in den hohen Steuereinnahmen der letzten Jahre gesonnt und jegliches Gespür für den Ernst der Haushaltslage verloren. Wozu darben wenn der Honig fließt?

Das unter Grüner Regierungsbeteiligung umgesetzte Personalabbaukonzept wurde unter schwarz-rot beerdigt, Förderprogramme wurden ausgeweitet und neue sind hinzugekommen. Das Prinzip alternativ statt additiv gilt schon lange nicht mehr. Scheckverteilen statt unbequeme Wahrheiten verkünden wurde zum finanzpolitischen Markenzeichen der Regierung Carstensen. Das Wort Verwaltungsreform wurde zum Unwort erklärt.

Nun wird es insbesondere für die Kommunen schwierig werden, eigene Mittel zur Umsetzung des Konjunkturprogramms bereit zu stellen und den dringend notwendigen Ausbau der Kindertagesstätten voran zu treiben. Wer jetzt noch Steuergeschenke verspricht, handelt unverantwortlich und trägt dazu bei, dass die Kommunen finanziell weiter ausbluten.

Das Land ist vom Ziel, ohne neue Schulden auszukommen, weiter entfernt denn je. Die Landesregierung ist mit ihrer Finanzpolitik gescheitert. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat Finanzminister Wiegard dafür zu Recht ein „Mangelhaft“ ausgestellt.

Hintergrund:

Die Behauptung von Finanzminister Wiegard, erstmals seit Jahrzehnten würden die laufenden Einnahmen die Ausgaben decken, ist falsch. Bereits seit 1988 hätte das Land mit den Einnahmen auskommen können, ohne neue Kredite aufzunehmen. Aus der unten stehenden Tabelle wird deutlich, dass Schleswig-Holstein schon seit 1988 Kredite nur aufnimmt, um die Zinsen zu tilgen. Eine Ausnahme davon bildeten die Jahre 2002 und 2003 aufgrund der Auswirkungen der Steuerreform und das Jahr 2005, in dem unter anderem Personalaufstockung und Schleswig-Holstein-Fonds die Ausgaben des Landes in die Höhe getrieben haben.

Haushaltsjahr	Zinsausgaben in Mio. Euro	Nettokreditaufnahme in Mio. Euro
1988	571,1	559,1
1989	589,5	494,9
1990	628,7	563,2
1991	682,9	494,2
1992	738,6	506,9
1993	804,4	562,8
1994	822,2	643,8
1995	826,0	659,2
1996	834,1	638,3
1997	864,5	622,9
1998	897,9	568,6
1999	898,2	435,1
2000	901,4	463,3
2001	911,3	595,1
2002	882,4	1.100,9
2003	883,6	1.171,5
2004	888,5	788,1
2005	875,2	1.484,5
2006	891,6	885,3
2007	934,0	515,5
